

Niederschrift

über die in der 15. Sitzung des Kreisausschusses
am 16.06.2016 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 16:40 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 16:40 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:21 Uhr

anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Wucherpennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Heinricks, Michael	Kerken

beratendes Mitglied

Reuter, Tim (ab 16:15 Uhr) Geldern

entschuldigt sind

Sickelmann, Ute Emmerich am Rhein

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Silke
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Franken, Christina

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP Nr. 1 „Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE AG); Wahl des Vertreters/der Vertreterin sowie des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Kreises Kleve in der Hauptversammlung"
- Wahlvorschlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP Nr. 2 " Ersatzwahlen; Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Kleve"
- Wahlvorschlag SPD zu TOP Nr. 3 "Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2021"
- Ergänzungsvorlage Nr. 479a/WP14 vom 16.06.2016 zu TOP Nr. 6 "Schnellbuslinie SB 58; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.04.2016" nebst Antrag SPD-Fraktion vom 14.06.2016
- Ergänzungsvorlage Nr. 486a/WP14 vom 16.06.2016 zu TOP Nr. 8 "Vereinigung der Sparkasse Kleve mit der Sparkasse der Stadt Straelen und der Stadtparkasse Emmerich-Rees" nebst Anlagen

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE AG)
Wahl des Vertreters/der Vertreterin sowie des Stellvertreters/der
Stellvertreterin des Kreises Kleve in der Hauptversammlung | 445/WP14 |
| 2. | Ersatzwahlen
Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Kleve | 453/WP14 |
| 3. | Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und
Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom
01.01.2017 bis 31.12.2021 | 475/WP14 |
| 4. | Flughafen Weeze
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2016 | 476/WP14 |

5. Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes
Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP
vom 17.05.2016 477/WP14
6. Mitteilungen
7. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Vereinigung der Sparkasse Kleve mit der Sparkasse der Stadt
Straelen und der Stadtparkasse Emmerich-Rees 486/WP14
9. Mitteilungen
10. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Vorlage Nr. 445 /WP14

Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE AG)
Wahl des Vertreters/der Vertreterin sowie des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Kreises
Kleve in der Hauptversammlung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Vertreterin für die RWE-Hauptversammlung wird Frau Birgitt Höhn gewählt. Als Stellvertreter wird Herr Dr. Helmut Prior gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Vorlage Nr. 453 /WP14

Ersatzwahlen
Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Als Mitglied im Beirat der unteren Landschaftsbehörde wird Frau Monika Hertel gewählt. Als Stellvertreter wird Herr Johannes Lomme gewählt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 475 /WP14

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2021

KTM Ulrich erläutert, dass ihre Fraktion einen Wahlvorschlag bis zur Sitzung des Kreistages einreichen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Für die Aufstellung der Vorschlagslisten zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg werden folgende Personen benannt:

1	N.N.	
2	Eicker, Sigrid	Stauffenbergstr. 19 47608 Geldern

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 476 /WP14

Flughafen Weeze
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2016

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Die Resolution der SPD-Kreistagsfraktion „Anforderungen an zukünftige Luftverkehrskonzepte und Aussetzen der Luftverkehrsabgabe bis zu einer europaweiten Einigung“ wird in der vorgelegten Form beschlossen. Entsprechend dem Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Umwelt- und Strukturplanung wird die im Antrag unter Punkt 1 genannte Zeitangabe "bis 2020" durch "so schnell wie möglich" ersetzt.

Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes

Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 17.05.2016

Landrat berichtet, dass in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung die SPD-Kreistagsfraktion gebeten hat, den Antrag aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfs erst in der folgenden Sitzung des Kreisausschusses zu beraten und die anderen Kreistagsfraktionen dieser Bitte entsprochen haben.

KTM Eicker verweist auf den Koalitionsvertrag 2012 zwischen Grüne und SPD. Dort sei vereinbart, dass Landschaftsgesetz zu novellieren und ein Landesnaturschutzgesetz, welches Bundesnaturschutzrecht integriert, einzubringen. Daher könne die Ausrichtung des jetzigen Gesetzentwurfes niemanden überraschen. Dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP könne nicht zugestimmt werden. Die Kreisverwaltung habe bereits zwei Stellungnahmen auf den Weg gegeben. Hiervon habe man erst im Fachausschuss erfahren. Viele Punkte der geforderten Resolution seien in den Stellungnahmen schon enthalten und daher sei die Resolution überflüssig. Die Hauptkritikpunkte seien inhaltlich zu widerlegen. So sei die Streichung der bisherigen 1:1-Reglung von Kompensations- und Eingriffsflächen keine Verschlechterung gegenüber dem geltenden Landschaftsgesetz, sondern die Aufhebung einer Regelung, die nicht mit dem Bundesnaturschutzgesetz kompatibel und daher anzupassen sei. Auch die 15% der Landesfläche als Fläche des Biotopverbundes seien eine Verbesserung. Beispielhaft zählt sie weitere Punkte auf. Die geforderte Resolution sei eine reine Kampagne gegen die Landesregierung und hänge scheinbar mit dem bevorstehenden Landtagswahlkampf zusammen. Es handele sich um reine Unterstellungen.

KTM Prof. Dr. Klapdor zeigt sich verwundert über die Unterstellung zur landesweiten Kampagne. Eine Verbesserung bei einer Fixierung auf 15% Landesfläche als Fläche des Biotopverbundes gegenüber dem bisherigen 10% Mindestanteil könne er mathematisch nicht nachvollziehen. Mindestens 10% könne auch 11%, 12% etc. bedeuten. Bedenklich sei vor allem die Beschneidung von Kompetenzen beim Widerspruchsrecht. Das Widerspruchsrecht würde bei der Bezirksregierung landen. Diese sei demokratisch nicht abgesichert im Gegenteil zum Kreistag. Gegen diese Verschiebung würden erhebliche Bedenken bestehen. Der Landesregierung müsse klar gesagt werden, dass der Sache - einen vernünftigen Ausgleich zwischen Naturschutz und anderen Belangen finden - mit dem Gesetzentwurf keinen guten Dienst erwiesen wird. Die Resolution sei geboten und der Kreistag müsse sich dagegen wehren, dass ihm Kompetenzen weggenommen werden. Er plädiert für die Annahme der Resolution. Entwicklungsmöglichkeiten müssen mit Augenmaß geschaffen werden. Der Kreis sei hier näher am Thema als Düsseldorf.

KTM Düllings ist erstaunt über die Stellungnahme von KTM Eicker. Im Fachausschuss sei von dem SPD-Vertreter Stellung genommen worden und die habe anders gelautet. Die Notwendigkeit einer Anpassung des Landesnaturschutzgesetzes an die Bundesregelungen würde nicht bestritten. Jedoch würde der Gesetzentwurf in vielen Bereichen über die Zielsetzung des Bundesgesetzes hinauschießen. Hier setzte die Kritik seiner Fraktion an. Eine landesweite Kampagne sei nicht auf Seiten der CDU und FDP, sondern möglicherweise bei Teilen der SPD zu sehen. Ähnliche Resolutionen seien z.B. im Bereich des Regionalrates auch mit Stimmen der SPD beschlossen worden. Die Resolution sei notwendig, da die Rechte des Kreistages beschnitten werden. Es würden Verschiebungen zu Lasten der demokratischen Legitimation vorgenommen und es sei die Pflicht des Kreistages auf die Unzulänglichkeiten hinzuweisen. Die Erfahrung mit dem Landesjagdgesetz zeige, dass dort keine der versprochenen Änderungen durchgeführt wurde.

KTM Franken stimmt zu, dass die Beschneidung von Kompetenzen beim Widerspruchsrecht kritisch zu sehen sei. Man habe die Gelegenheit genutzt und die Bedenken in Düsseldorf bei der SPD-Landtagsfraktion angesprochen. Es handele sich um einen Gesetzentwurf der noch diskutiert werden müsse. Den anderen Punkten könne sich seine Fraktion aber definitiv nicht anschlie-

ßen. Der Antrag enthalte inhaltliche Fehler. Z.B. sei die Deckelung auf 15% durchaus legitim, wenn man sagt, dass nicht gewollt ist, dass man nachher bei 17% oder 18% landet. Zur 1:1 Regelung sei zu sagen, dass das Bundesnaturschutzgesetz vorgebe, dass sowohl funktional als auch gleichwertig ausgeglichen werden soll. Wenn man irgendwo z.B. einen Froschteich wegnehme, müsse dieser an gleicher Stelle genauso wieder eingerichtet werden. Diese alte Regelung sei nicht praktikabel und inkompatibel zum Bundesnaturschutzgesetz, sodass die Aufhebung sinnvoll sei. In Gänze könne man der Resolution somit nicht zustimmen. Es handele sich um eine parteitaktische Resolution.

KTM Selders sieht die SPD als Anhängsel der Grünen im Landtag. Minister Remmel würde seine Ansichten durchsetzen (sh. auch Beispiel Jagdgesetz). Alle kommunalen Spitzenverbände sehen das Gesetz als rechtlich nicht zulässig und zu weit an. Auch im Regionalrat sei eine ähnliche Resolution mit Kritik an dem Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes beschlossen worden. In anderen Kreisen seien die Resolutionen von der SPD mitgetragen worden.

KTM Dr. Prior wirbt für das neue Gesetz. Bei allen Unzulänglichkeiten im Detail sei es ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn sich die Resolution in konstruktiver Weise auf einige Details beschränkt hätte, hätte man eine andere Diskussion gehabt. Es handele sich bei der Resolution um einen "Rundumschlag" mit in Teilen polemischen Untertönen. Der Entwurf sei noch nicht auf dem letzten Stand. Es müsse noch weitergearbeitet werden. Nach der Sitzung des Fachausschusses habe ein Artikel in der Zeitung gestanden, bei dem es um Raum ging und der Landrat zitiert wurde. Der Tenor sei gewesen, dass man auf Flächen zugreifen können müsse, da man Flächen zum Leben benötige. Er möchte davor warnen, weiter zu machen wie bisher, da dann kein Raum zum Leben mehr vorhanden sei. Mit den Flächen müsse verantwortlicher umgegangen werden und der Naturschutz müsse gestärkt werden.

KTM Wucherpfeffnick findet die Aussagen von KTM Selders nicht schlüssig und weist diese zurück. Da die Resolution so umfangreich ist, habe man im Fachausschuss Beratungsbedarf angemeldet und sich weitergehend informiert. Die Beratungen in ihrer Fraktion seien sehr intensiv gewesen. Einzelmeinungen seien in ihrer Fraktion durchaus zugelassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP wird entsprochen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 479 /WP14

Mitteilungen

KTM Franken verweist auf die Seite 2 der Vorlage. Zu Buchstabe h. sei ausgeführt, dass seine Fraktion gefordert habe in den Gesprächen den Aspekt zur Anpassung von Fahrtzeiten/Taktungen an die Vorlesezeiten der Radboud Universität einfließen zu lassen. Dies sei so nicht richtig. Es sei die Anpassung an die Vorlesezeiten der Hochschule Rhein-Waal angeregt worden. Seiner Fraktion sei vom Studentenwerk bestätigt worden, dass die Studenten explizit Wohnraum nah am Campus suchen würden, da sie genau diese Probleme mit dem ÖPNV haben.

Landrat stellt klar, dass die Antwort der Verwaltung auch für die Hochschule Rhein-Waal gelte. Die An- und Abfahrzeiten haben sich vorrangig nach den weiteren Anschlüssen bei wichtigen Knotenpunkten im Schienen- und Buslinienverkehr auszurichten.

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil.
